

SPD-Fraktion Diemelstadt

Einen ganz besonderen Termin hatte die SPD-Diemelstadt zusammen mit dem Unterbezirk Waldeck-Frankenberg und der SPD-Kreistagsfraktion organisiert. Man beschäftigte sich mit dem Thema Straßenbeitragssatzungen in Hessen und den Auswirkungen am Beispiel von Diemelstadt. Die hessische Landesregierung, bestehend aus CDU und Bündnis90/Die Grünen, hat beschlossen den Städten und Gemeinden es zu überlassen, ob Sie Straßenbeiträge von den Anliegern erheben oder nicht. „Die schlechteste aller Lösungen“, wie Fraktionsvorsitzender Markus Budde sagte „für Städte mit weniger Straßen und hohen Gewerbesteuerereinnahmen ist es kein Problem die Anlieger von den Beiträgen zu befreien. Für eine Flächengemeinde, wie Diemelstadt, mit einem Straßennetz von fast 100 km ist es unmöglich alles alleine zu finanzieren.“ Hierrüber sprach man mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Thorsten Warnecke, einem echten Experten auf diesem Gebiet. Der aus Bad Hersfeld stammende stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag ist ebenfalls Mitglied im Haushaltsausschuss. Er legte dar, was es für Möglichkeiten für die Kommunen gibt. Man kann weiterhin Straßenausbaubeiträge von den Anliegern fordern, wenn einzelne Straßen saniert werden. Beitragspflichtig sind dann alle Grundstücke, die im beitragsrechtlichen Sinne von diesem Ausbau einen Vorteil haben. Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge haben den Hintergrund, dass eine Vielzahl von Bürgern die Straße als Allgemeingut sieht und nicht allein von den Grundstückseigentümern genutzt werden. Daher soll nicht ein begrenzter Kreis die Kosten tragen, sondern alle in einen Abrechnungsgebiet, zum Beispiel eines Ortsteils. Die dritte Variante ist eine Finanzierung über allgemeine Mittel aus dem Gemeindehaushalt, hierfür kann eine Erhöhung der Grundsteuer erfolgen. Da aber der Gesetzgeber im Moment die zu erhebende Grundsteuer grundsätzlich überarbeiten muss, und keiner weiß wie eine Lösung zukünftig in Hessen aussehen wird, sollte man davon Abstand nehmen. Die SPD im hessischen Landtag hat schon mehrmals versucht mit Anträgen die komplette Abschaffung der Straßenbeiträge zu erreichen um alle Bürgerinnen und Bürger gleich zu behandeln. Leider wurden diese Anträge immer wieder von der Regierungskoalition aus CDU und Bündnis90/ Die Grünen abgelehnt. Im Jahr 2017 sind in Hessen 38 Mio. € verbaut worden. Die SPD schlägt vor, dass das Land Hessen im Anfang 60 Mio. € den Kommunen zur Verfügung stellt, um den Verlust der Gemeinden auszugleichen. Diese sollen nach der Länge des Straßennetzes verteilt werden. Für ein finanzstarkes Land wie Hessen, dass in 2018 rund 1,6 Milliarden €, über den Länderfinanzausgleich an andere Bundesländer verteilt hat, keine nicht zu stemmende Summe. Überall in Hessen bilden sich Bürgerinitiativen gegen die Erhebung von Straßenbeiträgen, Unterschriftenlisten werden an die Landesregierung geschickt. Man ist sich seitens des SPD-Unterbezirkes Waldeck-Frankenberg, der Kreistagsfraktion und der SPD-Diemelstadt einig, solche Gruppen zu unterstützen, damit die Ungerechtigkeit von Straßenausbaubeiträgen endlich aufhört.